

## Bericht über Unrechtsregime: **Uno wirft Eritrea "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" vor**



AFP

Flüchtlinge aus Sub-Sahara-Afrika in Libyen: Die meisten sind aus Eritrea

**Aus keinem Land Afrikas kommen so viele Flüchtlinge nach Europa wie aus Eritrea. Vertrieben werden sie nicht von einem Krieg oder einer Naturkatastrophe - sie fliehen laut Uno aus Angst vor der eigenen Regierung.**

Der **Uno**-Menschenrechtsrat wirft dem Regime in **Eritrea** willkürliche Hinrichtungen und systematische Folter vor. Die massiven Verletzungen der Menschenrechte könnten "den Tatbestand von Verbrechen gegen die Menschlichkeit erfüllen", heißt es in einem neuen Bericht der eigens einberufenen Eritrea-Untersuchungskommission. Den Angaben der Uno-Experten zufolge sind Hunderttausende auf der Flucht nach **Europa**. Die meisten Eritreer sehen sich demnach mit einer anscheinend ausweglosen Notlage konfrontiert. "In ihrer Verzweiflung riskieren sie tödliche Fluchtrouten durch Wüsten und Bürgerkriegsländer und den gefährlichen Seeweg über das **Mittelmeer**", heißt es in dem Bericht.

Knapp 360.000 Eritreer sind nach Uno-Angaben derzeit als **Flüchtlinge** in Europa registriert. Die meisten von ihnen in Schweden, Deutschland und der **Schweiz**. Aus keinem anderen Land Afrikas fliehen so viele Menschen nach Europa wie aus Eritrea. Die Uno-Ermittler appellieren an alle Staaten, eritreische Asylsuchende nicht zur Rückkehr zu zwingen. Das Regime bestrafe "jeden, der versucht, das Land ohne Genehmigung zu verlassen".

Zwangsarbeit, unbefristeter Militärdienst und ungesetzliche Inhaftierungen gehören dort zum Alltag. Das Regime von Staatschef Isayas Afewerki stütze sich auf einen gewaltigen Sicherheits- und Geheimdienstapparat, so die Experten.

"Die Informationen, die dieses alles durchdringende Kontrollsystem sammelt, werden in absoluter Willkür verwendet, um die Bevölkerung in ständiger Angst zu halten", heißt es in dem 500-Seiten-Bericht. "In Eritrea herrscht nicht das Recht, sondern die Angst", konstatiert die dreiköpfige Ermittlergruppe unter Leitung des australischen Experten Mike Smith.

Die eritreische Regierung hat den Ermittlern jegliche Zusammenarbeit verweigert und sie nicht einreisen lassen. Grundlage ihres Berichts seien daher 550 vertrauliche Interviews mit Zeugen außerhalb Eritreas sowie 160 schriftliche Berichte von Betroffenen. Viele potenzielle Zeugen hätten selbst in Asylländern noch aus Angst vor Übergriffen sowie vor Repressalien gegen zurückgebliebene Verwandte Aussagen vor den Ermittlern abgelehnt.

Der Uno-Menschenrechtsrat will im Rahmen seiner Sommersitzung Mitte Juni öffentlich über die Lage in Eritrea beraten.

Spiegel-Online.de 08.06.2017